

WAHLPRÜFSTEIN 4

Wasser

Aussage:

„Wenn die Landwirtschaft nicht mit weniger Düngemitteln und Pestiziden auskommt, dann gibt es **irreparable Schäden am Grundwasser ...**“ Mit solch alarmierenden Aussagen rufen westeuropäische **Wasserversorger aus 7 Ländern** im Januar 2021 zu mehr Umweltschutz und einem radikalen Umsteuern vor allem in der konventionellen Landwirtschaft auf.

<https://www.swr.de/swr2/wissen/wasserversorger-warnen-unser-trinkwasser-ist-in-gefahr-100.html>

Auch hier in Hohenlohe werden die Probleme mit der Wasserqualität immer offensichtlicher. Wir beobachten eine immer stärkere Verunreinigung unsere Hohenloher Gewässer Jagst, Kocher, Blaubach und Brettach.

Durch die Intensiv- oder Massentierhaltung geraten Tierarzneimittel, Pestizide, Metalle und Nährstoffe in unsere Flüsse. Einmal in die Umwelt gelangt, bilden sich so regelrechte „Cocktails“ an Substanzen, die empfindliche Ökosysteme wie Flusslandschaften langfristig schädigen.

Zusätzlich ist auch der Klimawandel mit vermehrten Dürreperioden in Hohenlohe deutlich spürbar.

Fakt:

Schaumberge gehören inzwischen zum Alltag auf unseren Flüssen.

Die Artenvielfalt der Gewässer hat massiv abgenommen. Vor wenigen Jahren noch reichlich vorhandene Krebse und Muscheln sind in unseren Flüssen kaum noch zu finden.

Fragen:

(8) Sehen Sie die Notwendigkeit, hier in Hohenlohe etwas für eine Verbesserung der Wasserqualität zu tun?

Wenn „JA“ >> für welche Maßnahmen werden Sie sich konkret einsetzen?

(9) Haben Sie konkrete Vorschläge, das Problem des Wassermangels anzugehen?

Antwort CDU Arnulf von Eyb (WK 21):

Sammelantwort zu Fragen 8 und 9:

Die Verbesserung der Wasserqualität ist eine kontinuierliche und immer komplexer werdende Aufgabe - auch für unser Land. In den vergangenen Jahrzehnten sind m.E. durchaus veritable Fortschritte beim Gewässer-, Wasser- und Umweltschutz gemacht worden. Aber auch hier sind wir als gesamte Gesellschaft gefordert und können die Lösung des Problems nicht in die Hände einer einzelnen Branche legen. Aber natürlich muss auch die Landwirtschaft ihren Beitrag leisten. Solange Deutschland sich noch Absurditäten wie den Import von Gülle leisten kann, läuft in meinen Augen etwas falsch. Technologischer Fortschritt und Innovation bei der Wasseraufbereitung sind zudem unverzichtbar, wenn auch kostspielig. Auf der Verursacherseite müssen neben der Landwirtschaft auch die Industrie und Privathaushalte in den Blick genommen werden. Die in meiner Antwort zu Wahlprüfstein 2 formulierten Ansätze würden sich ebenfalls positiv auf die Wasserqualität auswirken. Dem perspektivisch drohenden bzw. bereits bestehenden Wassermangel werden wir in erster Linie durch Einspar- und Aufbereitungsmaßnahmen begegnen können.

Antwort CDU Isabell Rathgeb (WK 22):

Keine Antwort

Antwort FDP Uwe Wirkner (WK 21):

8) Wir Freie Demokraten treten für den Schutz, den Erhalt und die Wiederherstellung vitaler Gewässer als zentraler Beitrag zur Daseinsvorsorge ein. Beim Schutz der Gewässer steht für uns auch der Trinkwasserschutz im Fokus sowie die Gefahrenabwehr und das Verursacherprinzip. Wir werden die Ziele der EU-Wasserrahmenrichtlinie umsetzen, den ökologischen Zustand unserer Fließgewässer verbessern und dazu die Modernisierung kommunaler Kläranlagen gezielt fördern. Die Ziele des Natur- und Gewässerschutzes werden wir gemeinsam mit den betroffenen Landwirten, Forstwirten, Waldbauern, Jägern und definieren und durch individuell an die jeweiligen Gegebenheiten vor Ort angepasste Maßnahmen erreichen. Dieses Vorgehen ist effizienter als die Bewirtschafter pauschal mit ordnungsrechtlichen Verboten zu überziehen, die die nachhaltige Rohstoffproduktion bei uns vor Ort einschränken. Wir Freie Demokraten treten dafür ein, dass der eigentumsfreundliche Vertragsnaturschutz mit einem finanziellen Ausgleich der Bewirtschaftungsbeeinträchtigungen das Maß der Dinge sein muss. Ökologische Fragen im Zusammenhang mit der Nutzung unserer Gewässer sind für uns Freie Demokraten wichtig. Wir stehen aber auch eindeutig zur wirtschaftlichen Nutzung von Gewässern, diese gehört seit Jahrhunderten zu unserem Leben. Dementsprechend sollten die Fragen der Wirtschaft und des Umweltschutzes ganzheitlich betrachtet und sinnvolle Lösungen im Sinne beider Bereiche gesucht werden. Eine einseitige, ständig fortschreitende Verschärfung von Auflagen für wirtschaftliche Betätigung, für die es im Sinne solcher Kompromisse keine zwingende ökologische Begründung gibt, lehnen wir ab. Außerdem muss jegliche Maßnahmenkoordination in Kooperation mit den Nachbarländern erfolgen. Speziell zur Jagst möchten wir an dieser Stelle aber auf das Unglück von 2015 hinweisen. Eine Konsequenz aus der Jagstkatastrophe wäre: Leichtlösliche Dünger und Pestizide dürfen nicht in Gewässernähe gelagert werden. Als Liberale stehen wir für einen schlanken Staat, der dann aber auch seine Aufgaben erfüllt. Die Lagerung gefährlicher Stoffe ist für die Sicherheit der Allgemeinheit bedeutsam, wie Beirut und bei uns die Jagst gezeigt haben. Daher war die leichtfüßige Behauptung von Minister Untersteller, von unseren Düngerlagern gehe keine Gefahr aus, obwohl er die Lager gar nicht kennt, schon falsch. Noch viel schlimmer ist aber, dass er nicht lernwillig ist und sich immer noch nicht ausreichend darum kümmert, wie die Situation bei uns im Ländle ist. Weder kennt die Landesregierung heute alle Lager, noch interessiert sie sich dafür, dass die rechtlichen Vorgaben eingehalten werden. Der Verweis auf die nachgeordneten Behörden kann angesichts der potentiellen Gefahren für die Bevölkerung und Umwelt nicht ausreichen. Dies brachte eine Kleine Anfrage des agrarpolitischen Sprechers der FDP/DVP Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg: Überprüfung der Düngelager in Baden-Württemberg, Drucksache 16/8768

9) Wir Freie Demokraten wollen z.B. die Forschung zu Pflanzen mit besserer Anpassung an Dürreperioden unterstützen und uns für deren Verbreitung einzusetzen. Global betrachtet muss der Zugang zu sauberem Trinkwasser und Sanitärversorgung als wichtige Säule in der Entwicklungszusammenarbeit ausgebaut werden.

Antwort FDP Stephen Brauer (WK 22):

8) Wir Freie Demokraten treten für den Schutz, den Erhalt und die Wiederherstellung vitaler Gewässer als zentraler Beitrag zur Daseinsvorsorge ein. Beim Schutz der Gewässer steht für uns auch der Trinkwasserschutz im Fokus, sowie die Gefahrenabwehr und das Verursacherprinzip. Wir werden die Ziele der EU-Wasserrahmenrichtlinie umsetzen, den ökologischen Zustand unserer Fließgewässer verbessern und dazu die Modernisierung kommunaler Kläranlagen gezielt fördern. Die Ziele des

Natur- und Gewässerschutz werden wir gemeinsam mit den betroffenen Landwirten, Forstwirten, Waldbauern, Jägern und der Zivilbevölkerung (Hausabwässer) definieren und durch individuell an die jeweiligen Gegebenheiten vor Ort angepasste Maßnahmen erreichen. Dieses Vorgehen ist effizienter als die Bewirtschafter pauschal mit ordnungsrechtlichen Verboten zu überziehen, die die nachhaltige Rohstoffproduktion bei uns vor Ort einschränken. Wir Freie Demokraten treten dafür ein, dass der eigentumsfreundliche Vertragsnaturschutz mit einem finanziellen Ausgleich der Bewirtschaftungsbeeinträchtigungen das Maß der Dinge sein muss. Ökologische Fragen im Zusammenhang mit der Nutzung unserer Gewässer sind für uns Freie Demokraten wichtig. Wir stehen aber auch eindeutig zur wirtschaftlichen Nutzung von Gewässern, eine solche gehört seit Jahrhunderten zu unserem Leben. Dementsprechend sollten die Fragen der Wirtschaft und des Umweltschutzes ganzheitlich betrachtet und sinnvolle Lösungen im Sinne beider Bereiche gesucht werden. Eine einseitige, ständig fortschreitende Verschärfung von Auflagen für wirtschaftliche Betätigung, für die es im Sinne solcher Kompromisse keine zwingende ökologische Begründung gibt, lehnen wir ab. Außerdem muss jegliche Maßnahmenkoordination in Kooperation mit den Nachbarländern erfolgen.

9) Wir Freie Demokraten wollen z.B. die Forschung zu Pflanzen mit besserer Anpassung an Dürreperioden unterstützen und uns für deren Verbreitung einzusetzen. Global betrachtet muss der Zugang zu sauberem Trinkwasser und Sanitärversorgung als wichtige Säule in der Entwicklungszusammenarbeit ausgebaut werden. Außerdem gilt es den Wasserverbrauch pro Bürger durch verantwortungsbewusstes Umgehen mit dem wertvollsten Lebensmittel zu reduzieren.

Antwort GRÜNE Catherine Kern (WK 21):

zu 8. Der Nitrat- und andere schädliche Einträge in die Jagst müssen reduziert werden. Das ist das A&O und hängt mit der Landwirtschaftspolitik zusammen. Hier gilt es mit Geduld dicke Bretter zu bohren. Die Landwirte muss man dabei mitnehmen

zu 9. Der Wassermangel ist ein Klimaproblem, es gibt mehr Trockenheit und weniger Niederschläge. Dem drohenden Wassermangel muss man mit einer konsequenten Klimapolitik auf allen Ebenen begegnen.

Antwort GRÜNE Jutta Niemann (WK 22):

8) Ich werde mich dafür einsetzen, dass die Beobachtung der Stoffe wie Quecksilber und einige sehr schwer abbaubare organische Stoffe zum Schutz und Erhalt der Gewässerökologie notwendig wird. Daneben erfordert die Belastung von Gewässern durch pharmazeutische und andere Spurenstoffe neue strategische Ansätze.

9) Wir fordern angesichts von Rekordhitze und Dürre einen Zukunftsplan zur Wasserversorgung in Deutschland. Die Bundesregierung ist hier gefordert, einen klaren rechtlichen Rahmen für ein nachhaltiges Wassermanagement zu schaffen.

Antwort KLIMALISTE Markus Damson (WK 22):

8. JA !! Der Alarm der Wasserversorger ist erschreckend, kam für mich aber nicht überraschend. Es ist die Konsequenz unsres jahrzehntelangen zerstörerischen Handelns.

Was die Landwirtschaft betrifft kommen wir an einem verstärkten Umschwenken auf ökologisch nachhaltiges Wirtschaften nicht herum. Wir müssen allerdings vermeiden, mehr Grundwasser zu

Bewässerungszwecken zu nutzen.

Man muss vorne anfangen ... es dürfen keine Wasser-belastenden Stoffe auf die landwirtschaftlichen Flächen ausgebracht werden. Das geht über Reduzierung des Tierbestands.

9. Wir müssen den Waldbestand schützen. Der massive Einschlag muss drastisch reduziert werden. Der Wald muss renaturiert werden. Der Holzhandel ist jetzt schon defizitär - Waldbesitzer sollen Geld damit verdienen, die Bäume stehen zu lassen, anstatt sie abzusägen - zB über eine CO2-Abgabe, die den Erhalt von Wald als CO2-Senke belohnt. Laubwald anstatt Fichten-Plantagen. Die Verdichtung des Waldbodens durch schwere Maschinen muss reduziert werden.

Wir brauchen mehr Wald. Im Wald ist es kühler und feuchter als in nicht bewaldeten Flächen. Der Wald ist der ideale Speicher für Wasser.

Die Wasserverschwendung - auch im privaten Bereich - muss reduziert werden. Das geht wahrscheinlich nur über den Preis.

Einführung Permakultur.

Antwort LINKE Simon Brecht (WK 21):

(8) Für den Erhalt einer guten Wasserqualität ist es wichtig, dass chemische Substanzen, Arzneimittel etc. nicht zu extremen Mengen in Flüssen abgeleitet werden. Der einfachste Weg dies zu begrenzen, ist die Begrenzung des Einsatzes solcher Pestizide in der Landwirtschaft. Dies kann wiederum Stück für Stück erfolgen und es muss konkrete Anreize geben, diese nicht mehr einzusetzen. Sobald der Einsatz begrenzt wurde, ist es außerdem wichtig, wieder neue Arten in Flüssen und Bächen anzusiedeln und deren Population zu überwachen.

(9) Wassermangel zeigt sich vor allem in den Sommermonaten. Dieser ist den letzten Jahren aufgrund des Klimawandels immer extremer geworden. Regelmäßig können wir beobachten, wie Flüsse kaum noch Wasser führen. Das ist ein Problem, das alle etwas angeht. Hier helfen in erster Linie konsequente Maßnahmen gegen den Klimawandel.

Antwort LINKE Ellena Schumacher-Koelsch (WK 22):

Keine Antwort

Antwort ÖDP Ute Göggelmann (WK 21):

(8) Die Wasserqualität in Hohenlohe ist tatsächlich sehr schlecht aufgrund der intensiven Landwirtschaft, unzureichender Kläranlagen und Überdüngung. Notwendig ist demzufolge vor allem eine Ertüchtigung der Kläranlagen sowie ein Umbau der Tierhaltung sowie eine Reduzierung der Düngung.

(9) Wiederum zeigt sich die Erfordernis der Umstellung auf eine ökologische Bewirtschaftung der Böden, denn diese haben aufgrund ihres höheren Humusgehalts eine erhöhte Wasseraufnahmekapazität. Außerdem erforderlich wären Aufforstungsmaßnahmen.

Antwort ÖDP Peter Gansky (WK 22):

Keine Antwort

Antwort SPD Patrick Wegener (WK 21):

Es gilt hierbei gemeinsam an der Wasserqualität zu arbeiten: Landwirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft. Für den intensiveren Austausch vor Ort stehe ich bereit.

Antwort SPD Nikolaos Sakellariou (WK 22):

Keine Antwort